



Vorlage-Nr. 0621/2019

RHEINUFERGESTALTUNG – Hier: Stellungnahme zu Sachstandsbericht 0061/2019

Antrag für die Ortsbeiratssitzung am 3. April 2018

Im Sachstandsbericht 0061/2019 berichtet die Verwaltung über den Umgang mit dem vom Ortsbeirat beschlossenen Antrag 0685/2018 zum Rheinufer. Die Hauptforderung des Beschlusses war die Erstellung eines kleinteiligen und verbindlichen Planes für das Rheinufer.

Im dritten Absatz des Sachstandsberichts ist von einem „Gestaltungsentwurf für die Rheinuferpromenade zwischen dem Hotel Hilton und dem Kaistertor“ die Rede. Dieser Entwurf liegt dem Ortsbeirat nicht vor. Sofern es sich hierbei um eine aktuelle Planung handelt, bitten wir um Vorlage. Wenn eine andere Planung umgesetzt werden sollte, z.B. im Rahmen des erweiterten Stadtumbaugebiets, wie im 7. + 8. Absatz des Sachstandsberichts erwähnt, soll diese Planung ebenfalls dem Ortsbeirat vorgelegt werden. Zudem ist das Gebiet vom Hotel Hilton stromaufwärts bei einer solchen Planung ausgenommen – auch hierfür bittet der Ortsbeirat erneut um eine Planung zur Neuordnung, zumal gerade im Vorfeld der Rheingoldhalle und des Rathauses das Ziel des IEK, „attraktive Grün- und Freiraumqualitäten des Rheinufers stärker mit der Innenstadt zu vernetzen“ bisher nicht erkennbar umgesetzt wird.

Weiter steht im Sachstandsbericht: „Ein Planwerk, wie im Antrag gefordert, das kleingliedrig alle Nutzungsarten, Genehmigungen und Aktivitäten festschreibt, müsste [...] ständig in langwierigen Prozessen geändert werden. Der zusätzliche Verwaltungsaufwand wäre erheblich, und Genehmigungsprozesse würden deutlich verlangsamt werden.“ Dies sehen wir entschieden anders! Zum einen ist fraglich, dass „ständig“ Änderungsbedarf auftritt. Der Ortsbeirat ist vielmehr der Auffassung, dass ein schlüssiger Plan auch für die Verwaltung Klarheit schafft und verhindert, dass aus kurzfristigen Erwägungen und Lobbyinteressen ohne Einwilligung der Gremien seitens der Verwaltung Änderungen vorgenommen werden (z.B. Weinausschank am Fischtorplatz), die dann zu mehr Problemen führen. Darüber hinaus ist es schon jetzt Praxis, Feinabstimmung in Ämterkoordinierungsrunden vorzunehmen – was fehlt, ist die Diskussion in der Öffentlichkeit und in den gewählten Gremien. Diese Umgehung der gewählten Gremien soll gerade durch den Beschluss 0685/2018 verhindert werden. Seitens der Verwaltung zu behaupten, die parlamentarische Diskussion sei langwierig und verursache zu viel Verwaltungsaufwand, zeugt von einem merkwürdigen Demokratieverständnis.

Im viertletzten Absatz erklärt die Verwaltung, dass aktuell ein Plan zur Optimierung der Radverkehrsführung erarbeitet würde. Da auch dieser Punkt eine Forderung des Ortsbeirats berührt, bitten wir nach Fertigstellung um erneute Berichterstattung zu unserem Antrag. In Anbetracht der Stellungnahme des Dezernats für Wirtschaft, Stadtentwicklung, Liegenschaften und Ordnungswesen, „dass keine Einschränkungen der bisherigen Praxis akzeptiert werden könnten“, erscheint die Umsetzung eines solchen Planes jedoch fraglich.



Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Fraktion im Ortsbeirat
Mainz-Altstadt

Das Fazit des Sachstandsberichts, dass das geforderte Planwerk „als nicht zielführend und praktikabel erachtet“ werde, kann der Ortsbeirat keinesfalls akzeptieren, zumal Teile von diesem Planwerk ja bereits vorliegen oder in Arbeit sind (Umbaupläne für Rheinpromenade im Stadtumbaugebiet, Optimierung der Radverkehrsführung). Der Feststellung der Verwaltung: „Die vorhandenen Instrumente und die sachgerechte Abwägung durch die betroffenen Ämter stellen sicher, dass Fehlentwicklungen vermieden werden können“, kann der Ortsbeirat ebenfalls nicht zustimmen. Denn es ist Ziel des Ortsbeirats, die gewählten Gremien der Stadt und des Ortsbezirks sowie die Öffentlichkeit in den Abwägungsprozess einzubinden. Nicht zuletzt deuten bereits vorhandene verwaltungsinterne Widersprüche (Bemühungen der Verkehrsverwaltung, Radwege zu optimieren gegenüber Bemühungen des Amtes 80, den Status Quo beizubehalten) und Fehlplauungen (die Ansiedlung eines Weinprobierstands am Fischtorplatz entgegen der Empfehlung des Ortsbeirats und der noch gültigen Empfehlung des Rheinuferforums) darauf hin, dass die vorhandenen Instrumente eben NICHT ausreichen, um diese Fehlentwicklungen zu vermeiden.

Renate Ammann
Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN